

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

21. Ministerrat

27. November 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 24. Oktober 2019, mit dem ein Beschluss vom 10. Oktober 2019 betreffend „unionsweite Umverteilung im Agrarbereich zugunsten der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 11. November 2019, mit dem eine Resolution der Marktgemeinde Ternberg vom 24. Oktober 2019 betreffend „Heute für morgen – Klimaschutz jetzt!“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 5. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 24. Oktober 2019 betreffend „keine Schließung von Bezirksgerichten“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 12. November 2019, mit dem eine Petition des Dialogforums für die Entwicklung des gemischtsprachigen Gebietes „zum Erhalt der zweisprachigen Gerichtsstandorte in Kärnten“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 13. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 24. Oktober 2019 betreffend „die Verantwortung und Herausforderungen in der Pflege“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 12. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 6. November 2019 betreffend „Illegale Straßenrennen“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Evaluierung des B-KJHG 2013 – Umgang mit den Ergebnissen und weitere Beteiligung des Bundes“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Stärkung der Orts- und Stadtkerne“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Maastricht-Konvergenzkriterien“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „EU-Beihilfenrecht“ vorgelegt wird.
11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz“ vorgelegt wird.

12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Abschaffung des Pflegeregresses; Abgeltung durch den Bund“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „EU-Kohäsionspolitik 2021-2027“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Maßnahmen für den Klimaschutz“ vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Forderungen der Fachhochschulen an die Bundesregierung“ vorgelegt wird.
16. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Beschleunigung von Asylverfahren in der II. Instanz“ vorgelegt wird.
17. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Gewaltschutz: Sexualisierte Gewalt an Kindern mit Behinderung“ vorgelegt wird.
18. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Frühe Hilfen: Finanzierung und Ausbau“ vorgelegt wird.
19. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 11. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Kinderarmut - Kindergrundsicherung“ vorgelegt wird.
20. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 8. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Gemeindekooperationen“ vorgelegt wird.
21. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 14. November 2019, mit dem ein Beschluss vom 8. November 2019 betreffend „Nahe an den Menschen. Bereit für die Zukunft. Erklärung der Landeshauptleute anlässlich der Neubildung der Bundesregierung“ vorgelegt wird.
22. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten vom 13. November 2019, mit dem sechs Resolutionen und sieben Anträge der Vollversammlung vom 8. November 2019 vorgelegt werden.
23. Schreiben des Bürgermeisters von Ulrichsberg vom 8. November 2019, mit dem eine Resolution vom 7. November 2019 betreffend „kostendeckende Finanzierung des Schülergelegenheitsverkehrs“ vorgelegt wird.

24. Schreiben der Bürgermeisterin von Gramatneusiedl vom 11. November 2019, mit dem eine Resolution vom 6. November 2019 betreffend „Erhaltung des Bezirksgerichtes und der Justizschule in Schwechat“ vorgelegt wird.
25. Schreiben des Bürgermeisters von Schrems vom 4. November 2019, mit dem eine Resolution vom 24. Oktober 2019 „gegen die Schließung des Bezirksgerichtes Gmünd“ vorgelegt wird.
26. E 1-NR/XXVII.GP vom 13. November 2019 betreffend "Umsetzung des nationalen Energie- und Klimaplan" (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 13. November 2019

betreffend Umsetzung des nationalen Energie- und Klimaplan

Die Bundesregierung wird aufgefordert den unionsrechtlichen Verpflichtungen im Klimaschutz vollumfänglich nachzukommen und den Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) entsprechend zu überarbeiten, damit Österreich seine Klimaziele mit den darin beschriebenen nationalen Maßnahmen nachvollziehbar erfüllen kann.

Der Plan soll bis zur Fertigstellung Ende 2019 zuerst einer Wirkungsfolgenabschätzung und dann einer öffentlichen Konsultation unterworfen werden.

Im Rahmen der Nachbesserung des NEKP sind umgehend Maßnahmen vorzubereiten, welche den Ausstoß von Treibhausgasen ohne Einsatz von risikoreichen Kompensationstechnologien und ohne Ankauf von Emissions-Zertifikaten nachweislich verringern. Ziel soll es sein, die Emissionen ehestmöglich, doch noch vor Mitte des Jahrhunderts, und sozial verträglich über die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens hinaus auf Netto-Null zu reduzieren, um Österreichs angemessenen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C zu leisten.